

Public Private Partnership

Jahresbericht 2008

des Vereins PPP Schweiz



Inhaltsübersicht

1.	Vorwort des Präsidenten			
2.	Schwerpunkte im Jahre 2008			
	2.1.	PPP-Geschäfte beim Bund	4	
	2.2.	Fachtagung am 29. Mai 2008 in Bern: "PPP – Erfahrungsberichte und Potenziale"	4	
	2.3.	Auftaktveranstaltung vom 5.12.2008 "PPP im Gesundheitswesen: Erfahrungsberichte und Einschätzungen zu Rahmenbedingungen und Potenzialen	5	
	2.4.	Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst	5	
	2.5.	Schriftenreihe zu PPP	6	
	2.6.	Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform	6	
	2.7.	PPP in den Medien	6	
	2.8.	Kooperationen	7	
	2.9.	Weitere Aktivitäten	7	
	2.10.	Entwicklung in Deutschland	8	
3.	Mitglieder und Finanzen			
	3.1.	Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung	8	
	3.2.	Präsenz in der Westschweiz	8	
	3.3.	Finanzen	9	
4.	Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen			
5.	Ausblick auf das Jahr 2009			
	5.1.	Veranstaltungen	2	
	5.2.	Weitere Tätigkeitsschwerpunkte 1	3	



1. Vorwort des Präsidenten

2008 war für den Verein PPP Schweiz ein aussergewöhnlich intensives Vereinsjahr, das dem PPP-Modell einige Erfolge bescherte. Obwohl im Gespräch ist PPP hierzulande noch vielen unbekannt; man stellt sich darunter aber sehr Unterschiedliches vor und benutzt PPP mitunter für Botschaften, die teils wenig mit PPP zu tun haben. PPP ist ein praktisches Mittel für die Öffentlichkeit und die Privatwirtschaft. In der Praxis durchsetzen wird es sich am ehesten durch überzeugende Umsetzungsbeispiele.

Unsere Bestrebungen, PPP praxisbezogen und als Erfolgsfaktor zu präsentieren, tragen gewisse Früchte. Verschiedenenorts befinden sich PPP-Modelle in Prüfung, was zeigt, dass in PPP Zukunftspotenzial gesehen wird. So hat die Finanzkommission des Ständerates entschieden, für die Finanzierung der Erweiterungsoptionen der Bahngrossprojekte auch PPP-Modelle in Erwägung zu ziehen und einen Bericht dazu verlangt. Ebenso ist mit dem Projekt TransRUN ein erster praktischer Fall eines Agglomerationsprojekts in Bearbeitung. Mit der Überbauung des Zeughausareals Burgdorf leistet der Kanton Bern schweizerische Pionierarbeit, Die Optimierungsmassnahmen im VBS sind auf dem PPP-Pfad vorangekommen. Die Sportstadien in Neuenburg, Aarau, Thun, Luzern und Biel haben die Kooperation zwischen Privaten und der Öffentlichkeit politisch vorangebracht.

PPP verdient auch im Dienstleistungssektor mehr Beachtung. Das Projekt "EWID-Zuweisung im Rahmen der Registerharmonisierung", welches in Kooperation mit der Post vom Bundesamt für Statistik in Auftrag gegeben wurde, ist ein Beispiel dafür. Es zeigt, dass die Initiative zu PPP-Vorhaben primär, aber nicht allein vom Staat ausgehen sollte. Unser Appell richtet sich an Regierungen und Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden, solchen guten Beispielen zu folgen und PPP-Modelle zu prüfen bzw. zu initiieren. Wer sich dieser Frage nicht stellt, geht nicht optimal mit den Mitteln der Steuerzahler und dem Potential zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben um. Er verpasst die Chance, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage das Optimum für Arbeitsplätze und Aufträge zu prüfen.

Der Bundesrat hat die dazu erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. In der gegen Ende 2008 verabschiedeten Teilrevision der Finanzhaushaltverordnung (FHV) werden die Bundesstellen aufgefordert, in geeigneten Fällen die Möglichkeit von längerfristigen, vertraglich geregelten Partnerschaften mit Privaten zu prüfen. Damit ist ein wichtiger Meilenstein bei der Verbreitung von PPP-Modellen gesetzt.

Der Verein bearbeitet nicht einzelne Projekte als solche. Er benutzt sie, um damit Signale zu setzen, Aufmerksamkeit zu wecken, auf Möglichkeiten und Verantwortung für die öffentliche Aufgabenerfüllung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hinzuweisen. Wer da entgegnet, Bund, Kantone und Gemeinden hätten ja genug Geld, sie benötigten PPP nicht, handelt nicht verantwortlich. Zu entgegnen, Private wollten nur profitieren, zeugt nicht von Sachkenntnis. PPP-Verträge verhindern dies. Und die Politik hat auch bei PPP-Vorhaben die Kontrolle wie bei traditionellen Realisierungsmodellen, allerdings auf eine andere Art, die ihr zudem Vorteile bringt.

Der Verein schlägt Brücken zwischen Öffentlichkeit und Privaten, er kommt der Politik nicht ins Gehege und konkurrenziert Private nicht. Er trägt mit Grundlagenwissen, Veranstaltungen, Anregungen, einer Schriftenreihe und der Wissensplattform im Internet zur weiteren Verbreitung von PPP in der Schweiz bei.

Für das Interesse an PPP, die namhafte Unterstützung des Vereins und die aktive Mitarbeit im Verein danke ich namens des Vorstands herzlich.

Thomas Pfisterer, Präsident



2. Schwerpunkte im Jahr 2008

2.1. PPP-Geschäfte beim Bund

Bundesgesetz öffentliches Beschaffungswesen BöB

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens hat der Verein zum vom Bund publizierten Vorentwurf für ein neues BöB Stellung genommen. Basis dafür bildete die Studie des Vereins zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf, namentlich im Beschaffungsrecht. Die Eingabe hat sich auf die zentrale Frage fokussiert, welche Bestimmungen PPP unterstützen und fördern beziehungsweise welche Bestimmungen diese Zielsetzungen in Frage stellen oder gefährden können. Rund 12 konkrete Anträge galten Ergänzungen oder Kürzungen des Gesetzestextes im Interesse von PPP-Verfahren.

Änderung der Militärgesetzgebung

Im Hinblick auf die parlamentarische Beratung der Botschaft des Bundesrates hat sich der Verein mit einer neuen Bestimmung auseinandergesetzt, die es Verwaltungsstellen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) erlaubt, Leistungen gegenüber Dritten gegen Entgelt der Selbstkosten zu erbringen. Die öffentliche Verwaltung würde damit ihren eigentlichen Zweck verlassen und sich gewerblich betätigen. Die Sorge des Vereins galt dem Umstand, dass diese neue Bestimmung ohne entsprechenden Vermerk im Rahmen der Beratung des Geschäfts den Bestrebungen der Verwaltung zuwider laufen könnte, militärisch nicht zwingend notwendige Leistungen als PPP-Vorhaben an zivile Leistungsersteller auszulagern.

Weisung zum Umgang mit Public-Private-Partnership (PPP)-Projekten in der Bundesverwaltung

Die Eidgenössische Finanzverwaltung EFV hat den Verein 2007 eingeladen, zur internen Weisung zum Umgang der Verwaltung mit PPP-Projekten Stellung zu beziehen. Wir haben zahlreiche Anregungen eingegeben, die teilweise berücksichtigt werden konnten. 2008 hatten wir Gelegenheit, zum überarbeiteten Dokument nochmals Stellung zu nehmen.

Begleitung von PPP-Projekten im VBS

Im VBS werden zurzeit PPP-Geschäfte mit dem Ziel vorbereitet, den Bund selber auf das Kerngeschäft zu beschränken und so Mittel für die Armee frei zu machen. Der Verein hat zu diesen Vorbereitungen verschiedentlich Anregungen gemacht und soll die absehbare Diskussion über das Thema "PPP im VBS" auch politisch begleiten. Der Verein hat dazu auch eine Untersuchung durchgeführt und der Departementsleitung übergeben, auf dass sie breite Akzeptanz finde.

Einsichten bei Finanzverwaltung und SBB

Ausbauwünsche sowohl beim privaten als auch beim öffentlichen Verkehr sind gemäss Dr. Peter Siegenthaler, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, auch mit Steuererhöhungen nicht finanzierbar. Deshalb sind u.a. alternative Finanzierungsmöglichkeiten wie der Einsatz von Private-Public-Partnership-Modellen zu prüfen. Auch die SBB schliessen privat getragene Finanzierungsmodelle für die Bahninfrastruktur nicht länger aus.

2.2. Fachtagung am 29. Mai 2008 in Bern: "PPP - Erfahrungsberichte und Potenziale"

Welche Erfahrungen lassen sich aus den bisherigen öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) ableiten und welches Potenzial eröffnet sich der Schweiz aus dieser noch wenig verbreiteten Form der staatlichen Aufgabenerfüllung? Wo steht die Anwendung des PPP-Modells in der Schweiz und wohin zielt die Entwicklung? Diesen für die öffentliche Hand wie die Wirtschaft sehr aktuellen Fragen widmete sich die Fachtagung 2008 des Vereins PPP Schweiz. Kompetente Referenten aus Verwaltung und Wirtschaft analysierten dabei die



Verbreitung von öffentlich-privaten Partnerschaften in den Bereichen Armee, Logistik und Verkehr, deren Potenzial in unserem Land und allfällige Hindernisse. Es galt, über Erfahrungen aus dem Ausland zu informieren und das eigene Potenzial besser zu erkennen.

Die Finanzierungslücken in Milliardenhöhe beim Agglomerationsverkehr zwingen zum Einbezug auch von PPP-Modellen. Beim Bund könnte das Modell mithelfen, die Budgetvorgaben für die Sanierung der Bundeskasse einfacher zu erreichen. Dieser steht PPP-Projekten grundsätzlich positiv gegenüber und ist bereit sein fachliches Know-how zur Verfügung zu stellen. Die Initiative für die konkrete Bearbeitung solcher Projekte muss jedoch von den betroffenen Kantonen und Gemeinden ausgehen.

Grosses PPP-Potenzial existiert auch bei der Armee: Dabei stehen die Instandhaltung von handelsüblichen Fahrzeugen, die Auslagerung von Warentransporten, von Betreiberleistungen im Immobilienbereich und von Informatikleistungen im Vordergrund.

Die Veranstaltung war mit rund 120 Gästen wiederum sehr gut besucht.

2.3. <u>Auftaktveranstaltung vom 5.12.2008 "PPP im Gesundheitswesen: Erfahrungsberichte</u> und Einschätzungen zu Rahmenbedingungen und Potenzialen"

Der verschärfte Wettbewerb im Gesundheitswesen zwingt mehr und mehr zu Prüfung von Finanzierungs- und Organisationsalternativen. Dabei werden PPP-Partnerschaften zwischen öffentlicher und privater Hand nach ersten positiven Erfahrungen in der Schweiz zunehmend als sinnvolle Kooperationsform angesehen. Der Verein PPP Schweiz hat vor diesem Hintergrund eine Fachgruppe gebildet, welche das generelle Bewusstsein für PPP im Gesundheitswesen vertiefen will. Nach Einschätzung des Luzerner Gesundheitsdirektors, Regierungsrat Dr. Markus Dürr, ermöglicht PPP alternative und einfachere Finanzierungen, begünstigt den Know-how-Transfer und die Synergienutzung führt zu einer wirtschaftlichen Leistungserbringung. Der Kanton Luzern hat bereits einige Erfahrung auf diesem Gebiet.

Ebenfalls überzeugt vom PPP-Potenzial für das Gesundheitswesen ist Ständerat Bruno Frick, Vorstandsmitglied des Vereins PPP Schweiz. Vor dem Hintergrund des Beispiels der Kooperation zwischen dem Paraplegikerzentrum in Nottwil, dem Kantonsspital Luzern und dem Kanton Luzern plädiert er für Aufgeschlossenheit gegenüber PPP-Modellen. Entscheidend sei, dass sie als strategische Partnerschaften verstanden werden mit der Verfolgung gemeinsamer Ziele und wechselseitigen Vorteilen für beide Parteien. Bruno Frick fordert die Gesundheitsbranche auf, PPP als Realisierungsvariante ins Auge zu fassen und für anstehende Vorhaben Eignungstests durchzuführen.

2.4. Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst

Die Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst 2008 wurden erneut durch Beiträge aus der Praxis zu aktuellen PPP-Fragen und zu konkreten PPP-Vorhaben angereichert.

Die Überbauung des Burgdorfer Zeughausareals – präsentiert im Anschluss an die Frühjahrs-GV in Burgdorf – hat nach Überzeugung des Vereins Signalwirkung für die ganze Schweiz. Erstmalig wird in der Schweiz ein Public Private Partnership (PPP)-Projekt nach international gültigen Standards geplant. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) des Kantons Bern geht davon aus, dass das Projekt dank der Zusammenarbeit mit privaten Partnern schneller und billiger realisiert wird. Sie schätzt die Kosteneinsparung dank PPP-Modell auf zehn Prozent ein.

Die Finanzierung von PPP in der Schweiz stand im Anschluss an die Herbst-GV im Mittelpunkt. Das Interesse an PPP-Modellen ist zwar stark gestiegen, noch bescheiden zeigen sich dagegen die praktischen Erfahrungen. Aus diesem Grund hält die Fachgruppe "Finan-



zen" des Vereins zurzeit die Anforderungen an die erfolgreiche Umsetzung von PPP-Projekten aus finanzieller Sicht in einem Arbeitspapier fest.

2.5. Schriftenreihe zu PPP

- <u>Positionspapier "Gesetzgeberischer Handlungsbedarf"</u>
 Das im Herbst 2007 präsentierte Positionspapier des Vereins ist 2008 offiziell im Fachbuchhandel erschienen.
- <u>Positionspapier "Wirtschaftlichkeit von Aufgabenauslagerungen im öffentlichen Sektor</u> mit besonderer Berücksichtigung der Armeelogistik"

Nachdem der Verein die entsprechende Studie initiiert hat, ist das Positionspapier nun auch in gedruckter Form im Fachbuchhandel erhältlich. Wie ist die Wirtschaftlichkeit einer Aufgabenauslagerung zu beurteilen? Auf einer Beschreibung theoretischer Grundlagen aufbauend, analysiert das Werk zahlreiche erfolgreiche internationale Fallbeispiele und leitet daraus Folgerungen für den schweizerischen Kontext ab.

Aufgabenauslagerungen bedeuten für den öffentlichen Sektor, insbesondere für die Armee, eine Chance mit hohem Nutzenpotenzial. Dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Die Studie legt Grundlagen für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Aufgabenauslagerungen dar. Hierbei wird auf Motive, Voraussetzungen für Eignung und Wirtschaftlichkeit von Aufgabenauslagerungen eingegangen. Weiter wird die internationale Praxis von Aufgabenauslagerungen der Verwaltung, der Armee und der Privatwirtschaft im Logistikbereich anhand von 18 erfolgreichen Fallbeispielen untersucht. Aus Theorie und Praxis werden schliesslich Folgerungen abgeleitet. Das Werk stuft das Aufgabenauslagerungspotenzial für die Schweizer Armee als gross ein.

2.6. Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform

Im vergangenen Geschäftsjahr hat der Verein die Wissensplattform im Internet grundlegend überarbeitet. Basis dazu bildete eine neue Inhaltsstruktur, welche die Publikation grösserer Mengen an Inhalten sowie eine zielgerichtete Benutzerführung erst ermöglichte. Gestützt auf diese neue Struktur verzeichnete die Wissensplattform eine kontinuierliche Zunahme an Beiträgen (Stand 01.03.2009: rund 150 Beiträge). Literaturhinweise, Handbücher, Projektbeschriebe, News-Beiträge, Referate von PPP-Tagungen sowie ein Medienarchiv ermöglichen es dem Besucher, sich über die aktuellen Entwicklungen von PPP in der Schweiz zu informieren.

In einem weiteren Schritt wurde im Herbst 2008 eine Website-Analysesoftware implementiert, welche Informationen zur Besucherfrequenz sowie weitere wichtige Kennzahlen liefert. In der Folge konnten weitere Massnahmen zur Optimierung der Website sowie der Suchmaschinenpositionierung ergriffen werden. An einem durchschnittlichen Arbeitstag verzeichnet ppp-schweiz.ch rund 40 Besucher.

Nebst weiteren Verbesserungen wurde zudem die Seite empfohlener Links komplett überarbeitet; der Besucher kann sich nun zusätzlich über den Inhalt sowie den Betreiber der empfohlenen Links informieren.

2.7. PPP in den Medien

Die Förderung der Verbreitung und Akzeptanz von PPP-Modellen, die sich unser Verein auf die Fahne geschrieben hat, setzt einen ausreichenden Informationsstand der Entscheidungsträger voraus. Dabei ist auch die veröffentlichte Meinung und damit die Medienarbeit von Bedeutung. Der Verein analysiert die Berichterstattung in den Medien regelmässig, trägt mit



eigenen Artikeln und Stellungnahmen zur Meinungsbildung bei und erteilt viele Antworten auf Einzelfragen aus den Medien.

Im vergangenen Jahr richteten wir folgende Beiträge an die Medien:

- 15. Februar 2008: Ermutigende Zwischenbilanz für Europas grösstes PPP-Projekt,
 90 Schulanlagen im deutschen Kreis Offenbach
- 19. Februar 2008: PPP-Modell eröffnet nach deutschen Erfahrungen KMU neue Chancen
- 3. März 2008: Stellungnahme des Vereins zum Entscheid der Finanzkommission des Ständerats, für die Finanzierung der Erweiterungsoptionen der Bahngrossprojekte auch PPP-Modelle in Erwägung zu ziehen
- 9. April 2008: Schweizer Pionierleistung des Kantons Bern die Überbauung des Burgdorfer Zeughausareals
- 29. Mai 2008: Medienorientierung anlässlich der PPP-Fachtagung 2008 in Bern und Medienmitteilung "Finanzierungslücken in Milliardenhöhe rufen nach PPP-Modellen"
- 30. Juni 2008: Stellungnahme des Vereins zu den Plänen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS zur partnerschaftlichen Erfüllung von nicht sicherheitsrelevanten Aufgaben der Armee mit Privaten
- 29. Oktober 2008: Public Private Partnership schweizweit im Aufwind; Fazit der GV des Vereins PPP Schweiz
- 5. November 2008: Stellungnahme des Vereins zur Haltung des Zürcher Stadtrats zur Frage der Realisierung des Kongresshauses Zürich
- 5. Dezember 2008: PPP-Modelle im Gesundheitsmarkt mit Zukunftspotenzial anlässlich der Auftaktveranstaltung "PPP im Gesundheitswesen" in Zürich

Es fällt auf, dass der Begriff PPP 2008 aussergewöhnlich oft Verwendung fand, wobei er häufig für Kooperationen welcher Art auch immer hin ge- und missbraucht wurde.

2.8. Kooperationen

Die Zusammenarbeit mit dem deutschen Verein PPP in Hessen e.V. wurde 2008 intensiviert und mit einem Kooperationsvertrag auf eine formelle Basis gestellt. (siehe 2.10.)

Einer Anfrage an den Verein zur Mitgliedschaft im European PPP Expertise Centre EPEC stimmte der Vorstand zu. EPEC wurde von der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Kommission gegründet und erleichtert den internationalen Austausch von Erfahrung und Fachwissen, Analysen und von "Best Practice" im Zusammenhang mit PPP-Transaktionen.

Eine weitere Anfrage erreichte den Verein seitens der Tripartiten Agglomerationskonferenz TAK zur Mitwirkung im Projekt "Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit". Die Anfrage wurde ebenfalls gutgeheissen.

2.9. Weitere Aktivitäten

An Fachveranstaltungen im In- und Ausland engagierten sich der Präsident, Vorstandsmitglieder und Experten in Gesprächen mit Regierungs- und Verwaltungsvertretungen sowie gegenüber Wirtschaftskreisen, um anhand konkreter Problemstellungen die Chancen und Risiken von PPP zu erörtern.



2.10. Entwicklung in Deutschland

Public Private Partnership bzw. Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP) sind heute in Deutschland ein allgemein anerkanntes und erfolgreiches Instrument öffentlicher Beschaffung und Leistungserstellung. Bislang wurden 116 PPP-Projekte (Stand Dezember 2008) mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,5 Mrd. Euro verwirklicht. Von den 116 Projekten hat bereits über ein Viertel die Investitionsphase abgeschlossen und befindet sich in der Betriebsphase.

Das sogenannte ÖPP-Beschleunigungsgesetz vom September 2005 hat die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ÖPP in Deutschland verbessert und für Investoren und die öffentliche Hand mehr Rechtssicherheit geschaffen. Es hat damit wesentlich zum Erfolg von PPP in Deutschland beigetragen. So sind die Investitionen in PPP-Projekte von 65 Mio. Euro in den Jahren 2002/2003 auf 875 Mio. Euro im Jahr 2007 gestiegen.

Trotz diesen erfreulichen Erfolgen soll die Bundesregierung noch in dieser Wahlperiode ein weiteres Gesetz zur Vereinfachung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften vorlegen. Dies fordern die Fraktionen von Union und SPD in einem gemeinsamen, vom Bundestag im März 2009 beschlossenen Antrag.

Der Verein PPP Schweiz ist mit PPP in Hessen e.V. auf deutscher Seite eine Kooperation eingegangen, die die Zusammenarbeit beider Organisationen intensivieren soll. Damit tragen sie ihrer gemeinsamen Verantwortung für eine Fortentwicklung von PPP Rechnung. Die Vereinbarung soll unter Berücksichtigung der jeweiligen Aufgabe einen Rahmen für gemeinsame Aktivitäten schaffen. (siehe 2.8.)

Beide Vereine informieren sich regelmässig gegenseitig über die Planungen und die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit. Die Kooperation der beiden Vereine betrifft insbesondere den internationalen Erfahrungs- und Wissensaustausch, die wechselseitige Unterstützung in Fachveranstaltungen und Gremien und die Pflege der Themenführerschaft PPP.

3. Mitglieder und Finanzen

3.1. Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung

Erfreulicherweise sind dem Verein im Jahr 2008 mit dem Kanton St. Gallen, dem Fachverband Infra, sieben Unternehmen aus der Privatwirtschaft sowie zwei Einzelpersonen wichtige neue Mitglieder beigetreten. Zwei weitere Unternehmen sowie zwei Einzelpersonen haben Ende 2008 ihr Beitrittsgesuch eingereicht und wurden Anfang 2009 aufgenommen. Dagegen steht ein einziger Austritt eines Unternehmens. Die Mitgliederwerbung wird weiter vorangetrieben.

Da und dort wird scheint der Eindruck zu bestehen, man könne von den Leistungen von PPP Schweiz profitieren, ohne Mitglied zu sein. Dies erschwert die Arbeit und führt den Verein dazu, gewisse Vorteile exklusiv nur Vereinsmitgliedern zu gewähren.

Per Ende 2008 zählt der Verein PPP Schweiz neu 53 Mitglieder (2007: 43).

3.2. Präsenz in der Westschweiz

Veranstaltungen zum Thema PPP in Neuenburg und Lausanne sind auf erfreuliche Resonanz gestossen. Mit besonderer Freude hat der Verein die Bestrebungen von Mitgliedfirmen in der Westschweiz und der Chambre de Commerce de Genève zur Kenntnis genommen, die die Gründung einer "Section Romande" zum Ziel haben. Hansruedi Müller, Mitglied des Vorstands und Präsident der Fachgruppe "Bau", vertritt den Verein bei diesen Bestrebungen.



3.3. Finanzen

Die Jahresrechnung 2008 schliesst dank einer einmaligen, ungeplanten Spende bei Einnahmen von Fr. 474'890.80 (davon Fr. 284'875.00 in Form von ordentlichen Mitgliederbeiträgen) und einem Aufwand von Fr. 432'711.97 mit einem Ertragsüberschuss (Gewinn) von Fr. 42'178.83. Das Eigenkapital beläuft sich per 31.12.2008 auf Fr. 98'910.25 und erlaubt die Inangriffnahme der erneut gestiegenen Erwartungen an den Verein im laufenden Jahr.

4. Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen

Vorstand

Thomas Pfisterer Präsident, ehemaliger Ständerat und Regierungsrat

Kanton Aargau

Jakob Baumann Rüstungschef, Leiter Departementsbereich arma-

suisse im VBS

Urs Bolz PricewaterhouseCoopers Schweiz, Partner

(seit dem 29.10.2008 im Vorstand)

Andreas Bölsterli Chef Planungsstab der Armee, Divisionär

(seit dem 29.10.2008 im Vorstand)

Didier Burkhalter Ständerat Kanton Neuenburg

Mark Cummins Generalsekretär Baudepartement Kanton Zürich

Bruno Frick Ständerat Kanton Schwyz

Guido Grütter Post / PostLogistics, Mitglied der Geschäftsleitung

Andreas Lienhard Professor Universität Bern, Geschäftsführender Direktor

Kompetenzzentrum für Public Management

Hansruedi Müller gsi Bau- und Wirtschaftsingenieure AG, Mitglied

der Geschäftsleitung

Hansrudolf Schalcher Professor ETH Zürich

Niklaus Scheerer UBS AG, Executive Director

Niklaus Lundsgaard-Hansen ist nach seiner Wahl zum TCS-Zentralpräsidenten aus dem Vorstand des Vereins zurückgetreten, bleibt dem Verein aber als Leiter der neuen Fachgruppe "Verkehr" verbunden. Der Verein dankt Herrn Niklaus Lundsgaard-Hansen für die geleisteten Dienste im Interesse der gemeinsamen Sache.

Kontrollorgan des Vereins (Revisionsstelle)

Daniel Dubois lic. oec., Betriebswirtschafter HSG, Leiter der Finanz-

kontrolle der Stadt Basel

Christian Meier lic. oec., Betriebswirtschafter HSG, stv. Finanzchef und

Controller der Stadt Thun



Expertennetzwerk

Gerhard Girmscheid, Präsident Professor für Bauprozess- und Bauunternehmens-

management ETH Zürich, Vorsteher des Instituts für Bau-

planung und Baubetrieb

Urs Bolz Jurist und Fürsprecher, PricewaterhouseCoopers AG,

Partner

Claude Jeanrenaud Nationalökonom, Professor Université de Neuchâtel,

Institut de recherches économiques

Ulrich Keusen Rechtsanwalt, Bratschi, Wiederkehr & Buob, Partner

Andreas Lenzen KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Direktor Corpo-

rate Finance (per Ende 2008 aus dem Expertennetzwerk

ausgeschieden)

Andreas Lienhard Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Universität

Bern, Direktor Kompetenzzentrum für Public Management

Romeo Minini Rechtsanwalt, Advokaturbüro Minini, Zürich

Fachgruppen

Fachbereich / Fachgruppe	Präsident, verantwortlicher Leiter	Zuständiges Mitglied Vorstand oder Expertennetzwerks
Bau	Hansruedi Müller	Prof. Gerhard Girmscheid Leiter Expertennetzwerk
Dienstleistungen	Guido Grütter	Dr. Urs Bolz Prof. Claude Jeanrenaud
Finanzen	Peter Reimann	Niklaus Scheerer
Gesundheitswesen	Dr. Peter Rohner	Guido Grütter
Verkehr	Niklaus Lundsgaard-Hansen	Guido Grütter

Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen

Expertennetzwerk

Das Expertennetzwerk unter der Leitung von Prof. Gerhard Girmscheid hat sich wesentlich gefestigt und wichtige Praxisbeiträge geleistet. Es will öffentliche Aufgabenträger sowie Leistungsanbieter über Potenziale und Möglichkeiten einer privaten Partnerschaft fachlich informieren und den Vorstand mit konkreten Handlungsempfehlungen für mögliche PPP-Projekte unterstützen. Darunter fallen folgende Aufgaben:

- PPP-Handlungsbedarf in der Schweiz erkennen.
- PPP-Handlungsempfehlungen entwickeln bzw. bereitstellen
- Allgemeines PPP-Wissen vermitteln
- Als kompetenter fachlicher Ansprechpartner für PPP auftreten

Öffentliche Entscheidungsträger insbesondere bei kleineren und mittleren Gemeinden sowie bei verschiedenen Aufgabenträgern verfügen oft nur über eingeschränkte, vorab unvollstän-



dige Informationen über die Vor- und Nachteile sowie die Chancen von PPP. Der Verein bietet daher Interessenten neben den öffentlichen Informationsveranstaltungen über das Expertennetzwerk zwei Arten von kostenfreien Gesprächen an:

- PPP-Informationsgespräche
- PPP-Initialgespräche

Diese Gespräche finden vor Ort statt.

Die *PPP-Informationsgespräche* dienen dazu, Behörden oder andere relevante PPP-Interessensträger über das Potenzial von PPP zu informieren, allgemein, ohne direkten Bezug zu einem konkreten Projekt.

Die *PPP-Initialgespräche* haben einen konkreten Projektbezug und sind Erstgespräche mit öffentlichen Entscheidungsträgern, um das Potenzial von PPP aufzuzeigen und die Voraussetzungen darzulegen, wie PPP in den strategischen, regionalen, überregionalen Kontext eingebunden werden muss. Ziel des Initialgesprächs ist es, eine Empfehlung zur Frage zu erarbeiten, ob genug PPP-Potenzial vorhanden ist, dass sich eine weitere, vertiefte Abklärung lohnt.

Solche Informations- und Initialgespräche haben 2008 stattgefunden. Sie werden so geführt, dass keine Konkurrenz zu privaten Beratungen entsteht und der Adressat in der Auswahl seines allfälligen Beraters frei ist.

Die PPP-Experten haben neue Fremd- und Eigenbeiträge zur Wissensplattform beigesteuert und Vorträge gehalten. Der Präsident des PPP-Expertennetzwerks hat verschiedene Interviews über Potenziale und Chancen von PPP für Gemeinden gegeben. Sie sollen das PPP-Thema breiter bekannt machen. Er hat die Kooperation mit dem Verein PPP Hessen e.V. vertieft und an der "4. Regionalkonferenz PPP in Hessen" am 18.11.2008 in Frankfurt am Main die PPP-Aktivitäten in der Schweiz vorgestellt.

Fachgruppe Bau

Die Fachgruppe Bau des Vereins PPP Schweiz unter der Leitung von Hansruedi Müller hat 2007 folgende Fragen und Projekten behandelt: Informations- und Aufklärungsarbeit über die Projektzusammenarbeit und über mögliche Geschäftsmodelle bei Behörden und Unternehmen; detaillierte Auseinandersetzungen mit Weisungen des Bundes, u.a. der "Weisungen zum Umgang mit PPP-Projekten in der Bundesverwaltung"; Stellungnahmen und Aussprache mit verantwortlichen Behördenmitgliedern; Beantwortung von Anfragen aus Gemeinden und Kantonen zu Grundsatzfragen in PPP-Projekten im Baubereich; Gedankenaustausch und Know-how-Transfer mit den PPP-Organisationen Deutschlands; Vertretung der PPP-Grundsätze an Round-Tables in der West- und Deutschschweiz, insbesondere bei der Chambre de Commerce de Genève; Vorbereitung der Gründung einer "Section Romande" und einer Expertengruppe "Hochbau"; Mitgliederwerbung; Aufbereitung von Informations-Material zum Thema PPP.

Fachgruppe Dienstleistungen

Die Fachgruppe Dienstleistungen unter der Leitung von Guido Grütter vergab einen Studienauftrag zum Thema "Wirtschaftlichkeit von Aufgabenauslagerungen im öffentlichen Sektor". Auf der Grundlage dieser Studie wurde eine Fachpublikation im Rahmen der Schriftenreihe PPP Schweiz publiziert (siehe 2.5.).

Nach wie vor erweist es sich als schwierig, aktive Mitglieder für die Fachgruppe Dienstleistungen zu gewinnen. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, dass die öffentliche Verwaltung nur zögerlich an das Thema PPP herangeht und für die Privaten nur ungenügend deutliche Anzeichen bestehen, dass mit den Aufgabenauslagerungen in irgendeiner Form ernst ge-



macht wird. Ausserdem befürchten die privaten Unternehmen, dass durch eine aktive Mitarbeit im Verein PPP Schweiz eine Vorbefassung entstehen könnte, welche sie von der Teilnahme an einem öffentlichen Vergabeprozess ausschliessen könnte.

Fachgruppe Finanzen

Im Vordergrund der Tätigkeiten der Fachgruppe Finanzen unter der Leitung von Peter Reimann stand die Erarbeitung eines Arbeitspapiers über Finanzierungslösungen für PPP-Vorhaben in der Schweiz. Dabei werden die Vor- und Nachteile im Vergleich zu Finanzierungsformen der öffentlichen Hand aufgezeigt und diskutiert. Adressat des Arbeitspapiers sind primär politische Entscheidungsträger sowie die öffentliche Verwaltung als potenzielle Auftraggeber und Nutzniesser von PPP-Projekten. Das Arbeitspapier entsteht unter Mitwirkung der Mitglieder der Fachgruppe sowie externer Experten. Dabei brauchte es verschiedene Anläufe und auch Zeit, private Investoren und Kapitalgeber für eine aktive Mitwirkung respektive die Beisteuerung von themenspezifischen Textbeiträgen zu gewinnen. Die Fertigstellung und Veröffentlichung des Arbeitspapiers ist für Frühjahr 2009 vorgesehen.

Fachgruppe Gesundheitswesen

Aufgrund des grossen Potenzials von PPP auch im Gesundheitswesen hat der Vorstand nach der Fachveranstaltung vom 5. Dezember 2008 beschlossen, eine neue Fachgruppe "Gesundheit" unter der Leitung von Dr. Peter Rohner zu schaffen. Sie dürfte in einigen Monaten etabliert sein. Mitgetragen wird diese Fachgruppe vom Institut für Wirtschaftsinformatik der Universität St. Gallen, auf dessen Grundlagenarbeit sie aufbauen kann. Sie hat zum Ziel, Beispiele für PPP im Gesundheitswesen auszuwerten (Schweiz und Ausland), Erfahrungen aus anderen Branchen aufzubereiten und zu adaptieren (bspw. Vertrag oder Gesellschaft) und Kooperationsmodelle (Arbeitsteilung, Vernetzung) systematisch zu entwickeln (wer mit wem wofür).

Fachgruppe Verkehr

Im Herbst hat der Vorstand eine Fachgruppe "Verkehr" unter der Leitung von Niklaus Lundsgaard-Hansen (Präsident) und Thomas Kieliger (Vizepräsident) eingesetzt. Die Gruppe stiess unter Vereinsmitgliedern und externen Persönlichkeiten auf grosses Interesse und umfasste Ende 2008 13 Mitglieder. Die Fachgruppe hat sich entschieden, in folgenden Bereichen konkrete Projektpotenziale für PPP zu bearbeiten: öffentlicher Verkehr, Strassenverkehr und kombinierte Systeme sowie langfristige Grundsatzfragen. Drei Vorhaben wurden ausgewählt, wofür die Untergruppen erste Diskussionsgrundlagen erstellten. Dabei geht es um die Projekte TransRUN (neue öffentliche Verkehrsverbindung zwischen den Städten Neuchâtel, La Chaux-de-Fonds und Le Locle), das Projekt einer "zweiten Gotthardröhre" (Strassentunnel der Autobahn A2) und ein langfristiges Güterlogistik-System "CargoTube".

5. Ausblick auf das Jahr 2009

5.1. Veranstaltungen

Nebst der schon alljährlichen ganztägigen PPP-Fachtagung, welche PPP aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, plant der Verein für das Jahr 2009 (voraussichtlich zwei) zusätzliche halbtägige, themenspezifische Fachveranstaltungen. Damit möchte der Verein den aktuellen Entwicklungen in der Schweiz Rechnung tragen und einen konkreten Beitrag leisten, um interessierten Kreisen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft PPP als taugliche Realisierungslösung zu präsentieren. Aufgrund des erfreulichen Mitgliederzuwachses aus der Westschweiz steht eine Veranstaltung in der Westschweiz zur Diskussion, deren Details via Website bekannt gegeben werden.



Vorgesehen sind folgende Veranstaltungen:

- 29. April 2009, 14.00-17.00 Uhr, Zürich
 Generalversammlung mit anschliessendem Informationsteil zum Thema "PPP und Verkehrsinfrastrukturen aktuelle Projekte, Chancen und Risiken"
- 13. Mai 2009, 13.00-17.30 Uhr, Fachhochschule Nordwestschweiz Brugg-Windisch Fachveranstaltung zum Thema "PPP im Verkehrswesen: CargoTube als Ergänzung zu Bahn und Strasse"
- 23. Oktober 2009, 08.45-17.00 Uhr, Universität Bern
 Fachtagung im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern zum Thema "PPP – Was fehlt zum Durchbruch?"
- Herbst 2009, Veranstaltung Westschweiz
 Thema noch offen
- <u>2. Dezember 2009, 14.00-17.00, Ort noch offen</u> Generalversammlung

5.2. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte

Der Verein wird im laufenden Jahr seine Informationsbestrebungen gegenüber Parteien und Verwaltungen weiter intensivieren und die Sensibilisierung für das Thema PPP möglichst praxisnah verstärken.

Der Verein wird sich dafür einsetzen, dass das Ergebnis der Revision des Mehrwertsteuergesetzes nicht zu einer Benachteilung von PPP-Projekten in der Schweiz führen wird. Erste Gespräche mit Vertretern der beiden Räte in dieser Sache wurden bereits geführt.

Weiter gilt es, die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklung von PPP in der Schweiz im Auge zu behalten. Dabei wird der Verein auf breiter Ebene kommunizieren, dass PPP helfen kann, Investitionen zu beschleunigen und den Staatshaushalt insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten zu entlasten.

Der Verstand hat sich mit der Frage von allfälligen Interessenkollisionen im Verein befasst. Er ist im Wesentlichen zur Auffassung gelangt, dass es vorab in der Eigenverantwortung der Mitglieder liegt, potenzielle Interessenkollisionen zu vermeiden und die allenfalls notwendigen Massnahmen zu treffen. Überdies will der Vorstand dazu beitragen, die Mitglieder für diese an sich in jedem derartigen Verein bestehende Problematik zu sensibilisieren.

Das Expertennetzwerk möchte zusätzliche Experten in seinen Reihen aufnehmen. Damit soll das Erfahrungs- und Wissenspotenzial für potenzielle PPP-Interessenten praxisnah erweitert werden.

Die Fachgruppe Bau hat sich zum Ziel gesetzt, die Bekanntheit von PPP-Modellen weiter zu steigern, Pilot-Projekte zu unterstützen und im Herbst einen Werkstattbesuch bei, respektive mit aktuellen PPP-Bauprojekten in der Schweiz zu organisieren.

Um die Mitgliederbeiträge längerfristig auf gleichem Niveau halten zu können und die Aktivitäten des Vereins trotzdem in gewünschten Umfang umzusetzen, sucht der Vorstand nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Geplant ist daher, die PPP-Fachtagung sowie die Pflege und den Ausbau der Wissensplattform mit Hilfe von Sponsoringbeiträgen zu realisieren.

Letztlich plant der Vorstand für 2009 einen intensiveren Kontakt mit dem benachbarten Ausland und wird sich voraussichtlich im Herbst mit dem Verein PPP Hessen e.V. zu einem Erfahrungsaustausch treffen.